



Interpellationen

Interpellation Christina Fehr Dietsche: Bevölkerungsumfragen: Kosten, Nutzen und Stellenwert; schriftlich

Christina Fehr Dietsche sowie 32 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 22. Januar 2008 die Interpellation "Bevölkerungsumfragen: Kosten, Nutzen und Stellenwert" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Nach 2005 hat die Stadt St.Gallen im vergangenen Jahr zum zweiten Mal eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Die Befragten wurden durch das Institut für Markt- und Sozialforschung LINK telefonisch interviewt. Die wissenschaftliche Begleitung und die Berichterstattung erfolgte durch die Fachstelle für Statistik des Kantons St.Gallen. Ähnlich strukturierte Bevölkerungsbefragungen führen ebenfalls die Städte Bern (seit 1995; zunächst jährlich, seit 1999 im Zweijahresrhythmus), Zürich (seit 1999), Winterthur (seit 2007) sowie der Kanton Basel-Stadt (seit 2003) durch. Die telefonisch durchgeführten Interviews in den fünf städtischen Gemeinwesen beinhalten eine Reihe von gleichen oder ähnlichen Fragen. Dies ermöglicht es, grundlegende und für die beteiligten Städte gleichermassen interessante Fragestellungen zu koordinieren und im Sinne eines Benchmarkings auszuwerten. Neben der Möglichkeit des Städtevergleichs¹ ist die Kontinuität der Bevölkerungsbefragung ein wichtiger Aspekt: Die Durchführung einer repräsentativen Erhebung im Zweijahresrhythmus zeigt nicht nur Trends auf, sondern erlaubt darüber hinaus die Beurteilung von Massnahmen auf ihre Wirksamkeit hin.

Die Befragung ist dreiteilig aufgebaut: Der demografische Teil enthält Fragen zu Personen- und Haushaltsmerkmalen. Ein fixer Teil beinhaltet die gemeinsamen Fragen aller Städte (wie

¹ Städtevergleiche liegen bislang vor für die Jahre 2003, 2005 und 2007.



z.B. die Beliebtheit des Wohnortes, die Wahrnehmung der grössten städtischen Probleme, die Beurteilung der Arbeit der Behörden oder der Tätigkeit der Stadtverwaltung etc.). Der variable Spezialteil wird – städtespezifisch – einem bestimmten Schwerpunktthema gewidmet. Im Jahr 2005 war dies in St.Gallen (wie zwei Jahre zuvor in Basel) das Thema „Sicherheit und Sauberkeit“. Auf ein Schwerpunktthema wurde im vergangenen Jahr verzichtet.

Im Rahmen der schriftlichen Beantwortung der Interpellation „Bevölkerungsbefragung Stadt St.Gallen 2005: Sinn oder Unsinn?“ vom 13. Dezember 2005 (Vorlage Nr. 1300) hat der Stadtrat bereits auf einzelne Aspekte von repräsentativen Bevölkerungsbefragungen hingewiesen. So kann dadurch die Meinung von Personen erfahren werden, die nicht in Interessengruppen bzw. politisch wenig organisiert sind. Dazu gehört insbesondere auch die ausländische Wohnbevölkerung, die sich an der Urne nicht äussern kann. Sowohl im Jahr 2005 als auch im Jahr 2007 beurteilten ca. 90 % der interviewten Personen die Befragung als eher oder sehr sinnvoll. Der Anteil, der die Befragungen als sehr sinnvoll einstuft, ist bei den Ausländerinnen und Ausländern grösser als bei den Schweizerinnen und Schweizern.

Zu den einzelnen Fragen:

1. *Wie sieht der Stadtrat den Zusammenhang zwischen subjektivem Sicherheitsempfinden seitens der Bevölkerung und der starken Thematisierung durch Politik und Medien?*

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die intensive politische und mediale Auseinandersetzung mit Fragen der Sicherheit während den vergangenen Jahren² die Einwohnerinnen und Einwohner für Fragen der Sicherheit, Kriminalitätsvermeidung und -furcht sensibilisiert hat. Eine Belastung des subjektiven Sicherheitsempfindens³ ist deshalb nicht auszuschliessen. Dies zeigt aber gleichzeitig, wie wichtig es ist, die Entwicklung über einen längeren Zeitraum zu ermitteln.

Gerade weil Sicherheit eine wesentliche Voraussetzung für das Wohlbefinden und die Lebensqualität ist, darf die Kriminalitätsbelastung weder bagatellisiert noch dramatisiert werden. So hat der Stadtrat mehrfach – zuletzt im Rahmen der Abstimmungsunterlagen zur Kreditvorlage Sicherheitserhöhung durch Videoeinsatz und Alarmeinrichtungen – erläutert, dass

² 2005: Abstimmung über das total revidierte Polizeireglement; 2007: Abstimmung über das Projekt Sicherheitserhöhung durch Videoeinsatz und Alarmeinrichtungen.

³ Im Rahmen der UNIVOX-Untersuchung zu Recht und Kriminalität wird in diesem Kontext allerdings auch ein umgekehrter Erklärungsansatz erläutert: „Denkbar wäre eine Art Konformitätsdruck in dem Sinne, dass es im Zuge der immer stärkeren Politisierung des Unsicherheitsgefühls („Hysterie“) zunehmend als „unschicklich“ gilt, allenfalls vorhandene Angstgefühle in Bezug auf Kriminalität zuzugeben (<http://www.gfs-zh.ch/?pid=146>).



die Kriminalitätsbelastung in der Stadt St.Gallen im Vergleich mit anderen grösseren Städten der Schweiz nach wie vor eher tief ist. Gleichzeitig wurde auf den bestehenden Handlungsbedarf hingewiesen.

Die Interpellantin weist zu Recht darauf hin, dass die Ursachen der in der Bevölkerungsbefragung 2007 ermittelten Veränderung des Sicherheitsempfindens in den verschiedenen Quartieren bislang teilweise nicht schlüssig beantwortet werden können. Genauere Aussagen über die Entwicklung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung und die Ursachen davon lassen sich über die in den betroffenen Quartieren bereits eingeleiteten Nacherhebungen machen. Die verwaltungsinterne Analyse der Befragungsergebnisse und die nachfolgende Einleitung von Massnahmen sind zwei wichtige Teile der Bevölkerungsbefragung.

2. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, kommunikativ einen positiven Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung auszuüben, ohne dabei Probleme klein zu reden oder gar zu ignorieren?

Der Stadtrat ist davon überzeugt, dass durch eine zeitgerechte, transparente und differenzierte Informationspolitik das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung positiv beeinflusst werden kann. Dazu gehört etwa eine regelmässige Berichterstattung über die Kriminalitätsentwicklung in St.Gallen und vergleichbaren Städten sowie die Information, mit welchen Massnahmen einer allenfalls negativen Entwicklung begegnet werden soll. Es ist naheliegend, dass die Medien eine wichtige Rolle in der Kommunikation zwischen Stadtrat und Bevölkerung spielen. Indessen sind die Medien bestimmten Gesetzmässigkeiten unterworfen, so beispielsweise jener, dass „bad news good news“ sind. Gegenstand der Berichterstattung ist regelmässig das normabweichende Verhalten einer kleinen Minderheit, was auf die Länge zu Wahrnehmungen führen kann, welche die Realität nicht widerspiegeln.

3. Welche direkten und indirekten Kosten entstehen im Zusammenhang mit den Bevölkerungsumfragen? Wie beurteilt der Stadtrat demgegenüber den konkreten Nutzen solcher Erhebungen?

Die Durchführung der Bevölkerungsbefragung im Jahr 2007 verursachte direkte Kosten von knapp CHF 80'000. Nicht quantifizierbar sind die verwaltungsintern geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit der Konzeption des Fragenkatalogs sowie der Auswertung der Befragungsergebnisse. Die Ermittlung der Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt zur Einleitung von politischen Massnahmen und Anpassungen der Dienstleistungsangebote der Stadtverwaltung auf die Bedürfnisse der Bevölkerung gehört indessen zum normalen Verwaltungshandeln. Vor der Durchführung der ersten Bevölkerungsbefragung in



St.Gallen hat der Stadtrat eine Nutzenabwägung vorgenommen. Die positive Einschätzung⁴ des Jahres 2005 hat sich nach der Erfahrung mit zwei Bevölkerungsbefragungen und Städtevergleichen noch verstärkt: Die Befragungen liefern klare Hinweise, wie die Bevölkerung ihre Stadt als Lebensraum wahrnimmt, wo Problemfelder geortet werden, wie sie sich zum Dienstleistungsangebot der Stadt stellt und wo die Erwartungshaltungen liegen. Für politische Entscheidungsträger lässt sich damit frühzeitig ein repräsentativer, von Medien und Meinungsmachern weitgehend unbeeinflusster Handlungsbedarf erkennen. Mit der Befragung können auch politische Ziele evaluiert und das Leistungsangebot optimiert werden. Eine periodische Durchführung der Umfrage erlaubt es ausserdem, Veränderungen in der Wahrnehmung und Beurteilung politischer Massnahmen festzuhalten. Erst Langzeituntersuchungen zeigen, ob sich die getroffenen Anordnungen bewährt haben.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung geniessen einen hohen Stellenwert: Sie bilden heute eine der Grundlagen für Strategieprozesse des Stadtrats, sind Teil des Führungsinstrumentariums der Stadtpolizei oder dienen als Indikatoren im Rahmen des Aalborg Commitments⁵ Die überaus hohe Akzeptanz der Bevölkerungsbefragung bei den interviewten Personen macht deutlich, dass dieses zeitgemässe Instrument auch aus Sicht der Bevölkerung als sinnvoll wahrgenommen wird.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation vom 22. Januar 2008

⁴ SRB Nr. 0419 vom 12. April 2005

⁵ Die von der Stadt St.Gallen unterzeichneten Aalborg Commitments wurden 2004 von der Europäischen Kampagne Zukunftsbeständiger Städte & Gemeinden anlässlich der Aalborg+10-Konferenz verabschiedet und verfolgen das gemeinsame Ziel einer Nachhaltigen Entwicklung von Städten und Gemeinden in ganz Europa (vgl. www.aalborgplus10.dk)

